

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 4/48. Jahrgang

April 2017

Schutzgebühr: 0,40 €

Wohnbau wieder auf der Anklagebank

Am 27. Februar stand die Wohnbau wieder vor Gericht wegen zu viel verlangter Nebenkosten. Diesmal ging es u. a. um Gartenarbeiten, um die berechneten Arbeitsstunden und die Menge des verlegten Mulches im März 2013.

Der Richter schien lustlos und der beklagten Wohnbau zugeneigt - und die Zeugen nutzlos.

Von den sieben benannten Zeugen waren bewusst nur fünf vorgeladen worden. Der erste konnte sich vage

an die Arbeiten erinnern, aber nicht an die Stundenzahl; die vorliegenden Unterlagen enthielten nicht seine Handschrift, laut Wohnbauvertreter Pitz gab es keine Arbeitszettel. Alle weiteren Zeugen hatten keinerlei Erinnerung und versicherten, alles sei mit rechten Dingen zugegangen – was sollten sie auch anderes sagen. Unübersehbare Widersprüche wurden nicht hinterfragt. Mal bezogen sich die genannten Zahlen auf drei Gebäude, mal auf zwei, obwohl die Klage-

schrift sich explizit nur auf ein Haus bezog. Ob die berechneten Arbeitsstunden und die Menge von Mulch überhaupt realistisch waren, wurde nicht geklärt. Dass der Richter die Klage abweisen würde, war offensichtlich. (Fortsetzung auf Seite 2)



Auf zum Ostermarsch s.S.7



Inhalt:

Dieselabgase/Bundestagswahl	S.2
Verkehr/Stadtparlament/Wieseckau	S.3
SPD/CDU zur Wahl/freier Sonntag	S.4
Hartz IV: verfassungswidrig	S.5
Türkei: NEIN/Frauentags-Demo	S.6
SPD/CDU/Grüne zu Nazi-Schlosser	S.7
DKP-Kandidaten/Termine	S.8



Uniklinikum: ein notwendiger Streik

Streik – das ist die unmissverständliche Antwort der Belegschaft des Uniklinikums Gießen-Marburg (UKGM) auf das unverschämte „Angebot“ der Rhön AG. 3 Nullmonate, 1,25% ab 1.4.2017, 1,0% ab 1.4.2018 und nochmal großzügige 0,75% ab 1.4.2019 – mit dieser Lohnsteigerung unterhalb der Inflationsrate wollen die Klinikbosse ihre Beschäftigten abspeisen. Das Geschäftsmodell der Rhön AG ist einfach: Immer mehr Patienten, immer

kürzere Liegezeiten und immer größeren fürs Personal – so fließen die Millionen für die Dividenden.

Das besonders hohe Pflichtgefühl der Beschäftigten gegenüber den Patienten hat das bisher möglich gemacht, aber jetzt soll damit Schluss sein.

Die Klinikumsbeschäftigten fordern nicht nur mehr Geld, sondern auch einen Tarifvertrag für mehr Personal und ihren eigenen Gesundheitsschutz. G. Linhart

Für ihren Streik verdienen sie Anerkennung und Solidarität.

Für Frieden und Sozialismus!

DKP

Bundestagswahl

Um zur Bundestagswahl zugelassen zu werden, muss die DKP Unterstützungsunterschriften vorlegen. Unterschreiben können alle Wahlberechtigten, sofern sie mit 1. Wohnsitz in Hessen gemeldet sind, für die Direktkandidatur im Wahlkreis Gießen. Für die Landesliste benötigen wir 2000, für den Wahlkreis 200 Unterschriften. - Die ausgefüllten Formulare bitte bei DKP-Mitgliedern abgeben oder zusenden. (Adr. s. Impressum)



Die Formblätter gibt es hier: www.dkp-giessen.de, Rubrik Gießener Echo.

(Fortsetzung von Seite 1)

Wohnbau auf Anklagebank

Warum hat es zu diesem Prozess kommen müssen? Offenbar ist die Wohnbau nicht bereit, Streitfälle gütlich zu regeln.

Nach den Klagen gab es Geld Bereits vor zwei Jahren hatte die Mieterin wegen zu viel berechneter Nebenkosten geklagt und im Zuge dessen erreicht, dass sie jährlich mehr als 300 Euro weniger zu zahlen braucht. Von dieser mutigen Hartnäckigkeit profitierten seither auch alle anderen Mieter der drei Häuser, die entsprechend weniger zahlen müssen. (Die juristische Klärung konnte leider – wegen Fristversäumnis des Anwalts – nicht zu Ende geführt werden.) Auch jetzt waren ihr und den Mietern im Vorfeld bereits 65 Euro gutgeschrieben worden. Allein dafür hat es sich gelohnt.



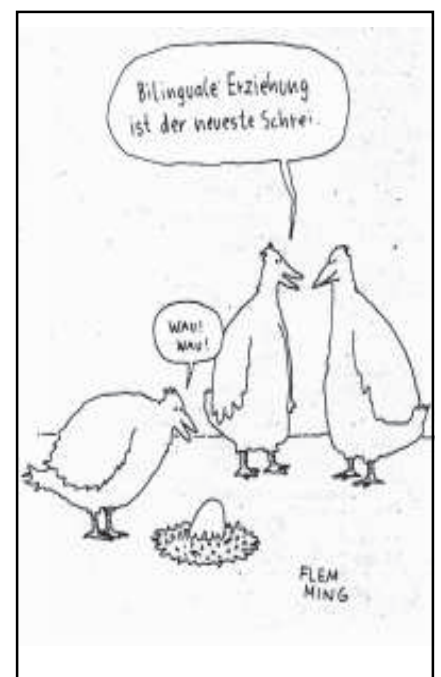
Diesel-Abgase: Kapitalismus tötet

Nach und nach kommt es heraus: Praktisch alle PKWs mit Dieselmotoren erfüllen die Abgasnormen nur bei Tests in der Werkstatt, aber nicht im Straßenverkehr. Eigentlich war das schon immer klar. Trotz immer strengerer Vorgaben nimmt die Belastung der Luft in Städten mit Feinstaub und Stickoxiden nicht ab. Alle in die Autos eingebauten Abgasreinigungssysteme sind nur in einem sehr kleinen Temperatur- und Drehzahlbereich ausreichend effektiv. Das einzig wirksame Verfahren mit Zugabe von Harnstoff, das für LKWs vorgeschrieben ist, ist den Autokonzernen für PKWs zu aufwendig. Die Verschmutzung

der Stadtluft ist kein Kavaliersdelikt. Nach vorsichtigen Schätzungen führen Stickoxide zu 10.000 bis 20.000 vorzeitigen Todesfällen pro Jahr allein in Deutschland. Leider lässt sich nie ein direkter Zusammenhang zwischen Luftbelastung und Krankheit oder Tod beweisen, sondern nur ein statistischer – deswegen kommen die Verursacher ungeschoren davon. Den Autokonzernen ist ihr Profit wichtiger als Gesundheit und Leben der Menschen. Für den Profit der Reichen gehen die Bosse über Leichen – diese Parole wird hier augenscheinlich bestätigt. Gernot Linhart

Anders ist der Wohnbau anscheinend auch nicht beizukommen. Statt mit der Mieterin gemeinsam zum Nutzen aller die Sache zu klären, fühlt sie sich am längeren Hebel und drohte mit Kündigung. Warum hat die Wohnbau kein Interesse daran, eventuell fehlerhafte Abrechnungen zu prüfen, sondern stellt sich faktisch gegen ihre Mieter? Anscheinend nehmen die Verantwortlichen ihre Aufgabe nicht ernst genug - weil sie nicht so kontrolliert werden, wie es notwendig wäre?

Seit die Wohnbau in eine GmbH umgewandelt wurde, ist sie nicht mehr der direkten Kontrolle durch das Stadtparlament unterstellt. Ihre Entscheidungen fallen hinter verschlossenen Türen - nicht immer im Interesse der Mieter. Die DKP fordert die Rekommunalisierung der Wohnbau. E. Beltz



Gießen braucht eine bessere Verkehrspolitik

Der neue CDU-Stadtrat Neidel hatte bei Amtsantritt verkündet, er wolle endlich wieder mehr für die Autofahrer tun. Mit einer seiner ersten Amtshandlungen hat er die aber erst mal verärgert. Mit dem kostenlosen Parken an Ringallee, Messeplatz und Schwimmbad soll es aus sein, 2 bis 3 Euro am Tag werden dort fällig. Nach heftigen Protesten wurden wenigstens Kurzparkscheine für weniger als einen Euro zugestanden. Wahrscheinlich wird diese Maßnahme den eh schon lästigen Parksuchverkehr in der Innenstadt noch verschärfen. Eine menschenfreundliche Verkehrspolitik sähe anders aus. Vernünftige Vorschläge sind im Kom-

munalwahlprogramm der Gießener Linken zu finden. Dort wird vor allem eine Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) vorgeschlagen: Mehr Linien, kürzere Taktzeiten, bessere Anschlüsse und vor allem eine deutliche Senkung der Preise bis zum Nulltarif durch ein Bürgerticket. Eine Verringerung des Autoverkehrs in der Stadt – und damit eine Verbesserung der Luftqualität – ließe sich nur erreichen, wenn es attraktive Alternativen zum Auto gäbe. Busfahren müsste billiger und einfacher sein als Autofahren, für Radfahrer müsste die Stadt sicherer werden. Ein Leihsystem, auch für Lastenfahrräder, könnte mehr Menschen zur

Nutzung dieses umweltfreundlichen Verkehrsmittels bewegen. Diskussionen über Mobilität in der Stadt wie am 12.3. im Stadttheater sind schön und gut – es fehlt aber an der Umsetzung durch den Magistrat. G. Linhart

Öl bedroht Wieseckau

Ausgelaufenes Öl oder Kraftstoffe sind für Natur und Mensch eine der massivsten Bedrohungen. 1 Tropfen Öl kann Tausend Liter Trinkwasser verseuchen.

Diese ökologische Katastrophe ist der Auenlandschaft und dem Landschaftsschutzgebiet bisher erspart geblieben. Dank des schnellen Eingreifens der Gießener Feuerwehr. Denn schon häufiger kam eine schillernde, stinkende Brühe über die Oberlache aus dem ehemaligen US-Depot geflossen. Dort gibt es alte, verrostende unterirdische Öl- und Benzintanks. Wenn man bedenkt, dass an dieser Stelle bereits jetzt und in den nächsten Jahren umfangreiche Erdarbeiten für ein riesiges Industriegebiet stattfinden, dann sollte die Stadt schleunigst eingreifen, um die Gefahren an der Oberlache zu minimieren. Dafür hat die Stadt Gießen zwei Experten für Altlasten in ihren Reihen.

Die Bürgerinitiative „Wieseckau“ fordert deshalb die Einrichtung eines ständigen Ölabscheiders mit Funkwarnanlage. M. Berger



Aus dem Stadtparlament Anträge und Anfragen der Gießener Linken

Mit zwei Anträgen und vier Anfragen der Gießener Linken wird sich das Stadtparlament auf seiner nächsten Sitzung am 30.3. (nach Red.-Schluss) befassen.

Martina Lennartz (DKP) fragte nach den Umbaumaßnahmen Schwanenalm/Strandbar,

Michael Beltz (DKP) will wissen, wie oft im vergangenen Jahr in Gießener Haushalten der Strom gesperrt wurde,

Michael Janitzki (Partei die Linke, PDL) fragt nach dem Gemeinschaftszentrum im Baugebiet Am alten Flughafen,

Cornelia Mim (PDL) will Auskünfte über die Leitstelle für soziales Wohnen.

Die beiden Anträge von Michael Beltz wurden bereits in den Ausschüssen

diskutiert. Nachdem nun auch die Gießener Allgemeine am Kirchplatz nicht mehr präsent ist (der Anzeiger schon lange nicht mehr in der Schulstraße), möge die Stadt den Kommunalteil der beiden Zeitungen in Schautafeln vor dem Rathaus aushängen, damit sich interessierte Bürger, die sich kein Abo oder Internet leisten können, die Möglichkeit zur Information bekommen. Dies wurde – nicht überzeugend – abgelehnt.

Außerdem forderte er den Magistrat auf, eine Broschüre für Behinderte zu erstellen, der zu entnehmen ist, welche Gießener Gaststätten barrierefrei zu erreichen sind. Dies soll geprüft werden.

Über die Diskussion zur Ehrenbürgerschaft H. Schlossers im Schulausschuss berichten wir auf Seite 7.



Na endlich: Der Öko-Tod

Bundestagswahl 2017

SPD/CDU - die soziale Frage spielt keine wirklich zentrale Rolle

Die SPD unter Martin Schulz scheint die soziale Frage wieder entdeckt zu haben. Änderungen der Agenda 2010 werden in Aussicht gestellt. Die CDU kontert und singt das hohe Lied auf die Schrödersche Agenda 2010. Schaut man genauer hin, hat auch die Schulz-SPD nicht vor, an der Agenda 2010 zu rütteln. Vielmehr will man das vermeintliche Fachkräfte-Problem des deutschen Kapitals lösen. Momentan gelingt – laut den letzten Umfragen – den beiden Hauptkräften in der kapitalistischen Einheitspartei Deutschlands – SPD und CDU – wieder vermehrt Wähler an sich zu binden. Die kleineren Parteien werden auf ihre Stammwählerschaft reduziert. Für keine der Partei-

en spielt die soziale Frage eine wirklich zentrale Rolle. Sie würde nicht nur die Eigentumsfrage in den Mittelpunkt rücken, sondern das kapitalistische System als ganzes in Frage stellen. Ständig wird erzählt Deutschland wäre das Land der Glückseligen. Allen gehe es gut und wer das Gegenteil behauptet, ist ein Schwarzseher. Wie ist die Realität und wie die zukünftigen Perspektiven?

Unter dem Stichwort „Industrie 4.0“ wird behauptet, immer habe technischer Fortschritt Arbeit überflüssig gemacht hat, aber es seien an anderer Stelle neue Arbeitsplätze entstanden – und am Ende sei die Gesellschaft wohlhabender. Nicht nur Marx war klar, dass der Kapitalismus im

Zuge seiner Entwicklung immer weniger Arbeitskräfte benötigt. Auch bürgerliche Ökonomen sehen nicht alles rosig. In den USA und der BRD steht fast die Hälfte der Jobs auf dem Spiel. Selbst wenn es neue gibt, sind sie meist schlechter bezahlt als die alten Arbeitsplätze. In Deutschland würde man von der drohenden Massenarbeitslosigkeit durch Digitalisierung und weitere Automatisierung bisher wenig merken. Allerdings wird unter den Teppich gekehrt, dass das Modell des deutschen Exportweltmeisters unter anderem auf dem Export von Arbeitslosigkeit basiert. Aber dies wird auch für Deutschland auf Dauer nicht funktionieren. Die Konsequenz aus allem: die immer weniger Superreichen werden immer reicher und die Schere zwischen arm und reich geht weiter auseinander. Einer Masse von schlecht bezahlten, schlecht ausgebildeten Arbeitern steht eine „Elite“ von relativ wenigen, gut bezahlten „Ingenieurarbeitern“ gegenüber. Auch hier kommt es zur Polarisierung innerhalb der Klassengesellschaft. Die Lösung ist nicht das bedingungslose Grundeinkommen oder einer Robotersteuer, sondern die Vergesellschaftung aller Produktionsmittel, die Enteignung der Superreichen, eine sozialistische Revolution.

Henning Mächerle



"Nur" zwei offene Sonntage in Gießen: Handel mault, Schausteller schimpfen

Ein vorläufiges Ende hat die Auseinandersetzung um die verkaufsoffenen Sonntage. 2017 wird es nur zwei geben: am 30. April (Sport in der City) und 8. Oktober (Krämermarkt). Darauf haben sich die Stadt und die „Allianz für den freien Sonntag“ (Zweckbündnis zwischen verdi und Kirche) geeinigt. Das sind immer noch zwei zu viel, aber der Handel mault und die Schausteller sind wütend, obwohl sie das eigentlich gar nichts angeht.

Als mit Gründung der BRD der arbeitsfreie Sonntag gesetzlich gesichert wurde (wie z.B. auch der 8-Stunden-Tag), geschah dies, um die abhängig Beschäftigten zu schützen.

Sie sollten nicht rund um die Uhr ihren Ausbeutern („Arbeitgeber“ genannt) zur Verfügung stehen müssen. Mit den Jahren wurde auch dieses Gesetz, wie vieles andere, für die Profitmacherei ausgehöhlt. Aber noch gibt es Grenzen, die einzureißen sich alle Parlaments-Parteien mit Ausnahme der Linken befehligen. Noch heißt es klar, „dass keine ökonomischen Interessen für Ausnahmen eine Rolle spielen dürfen“, dass die Anlassveranstaltung von sich aus mehr Besucher anzieht als die Ladenöffnung. Mit den Schaustellern, die die verkaufsoffenen Sonntage für sich nutzen, hat das alles aber rein gar nichts zu tun.

Gewiss haben die 20 Familien in Gießen, die von der Schaustellerei leben, einen schweren Stand. Aber das trifft auch für zig andere Berufsgruppen zu und noch mehr für die tausenden abhängig Beschäftigten, die damit rechnen müssen, jederzeit auf die Straße gesetzt zu werden. Das ist der Kapitalismus. Den will auch Herr Walldorf, der deswegen aus der Kirche ausgetreten ist, nicht abschaffen. Im Kapitalismus besitzen die einen die Produktionsmittel und bestimmen, wo's lang geht. Die anderen müssen ihre Arbeitskraft zu immer ungünstigeren Bedingungen verkaufen und in Unsicherheit leben mit Hartz IV im Nacken. Michael Beltz

Hartz IV: verfassungs- und völkerrechtswidrig

Erneut muss sich das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) mit der Rechtmäßigkeit von Hartz IV befassen, insbesondere über die drakonischen Sanktionen, mit denen bei geringfügigen Verstößen die Bezüge gekürzt bzw. bis auf Null gestrichen werden. Der Kläger hatte 2014 ein Arbeitsangebot des Jobcenters abgelehnt. Daraufhin kürzte ihm die Behörde den Regelsatz für drei Monate um 30%. Er musste monatlich mit 274 statt 391 Euro auskommen. Als er später ein zugewiesenes Praktikum nicht antreten wollte, reagierte das Jobcenter mit einer Kürzung für ein weiteres Vierteljahr um 60% auf 156 Euro.

Diese zweite Sanktionsstufe tritt ein, wenn ein über 25jähriger Hartz-IV-Bezieher zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres gegen Auflagen verstößt. Eine dritte »Pflichtverletzung« hätte zur kompletten Streichung sämtlicher Leistungen geführt.

Bei Jüngeren ab 15 Jahren dürfen Jobcenter bereits beim ersten Verstoß eine 100% -Sanktion verhängen.

„Die Garantie der Menschenwürde verlangt, das Existenzminimum in jedem Einzelfall sicherzustellen“ erklären die Sozialrichter in Gotha in ihrem Beschluss.

Sanktionen gegen Erwerbsfähige, die trotz vorhandenem Bedarf bis zum kompletten Wegfall ihrer Leistungen führen können, stehen diesem Gebot entgegen. Die Richter zitieren dazu aus einem Urteil des BVerfG von 2010. Das physische und soziokulturelle Minimum sei dem Grunde nach unverfügbar und müsse eingelöst werden, heißt es darin.

Jobcenter berufen sich gerne auf Lebensmittelgutscheine als Ersatzleistung. Diese aber sind weder eine Pflichtleistung, noch decken sie den vollständigen Bedarf.

Grundbedürfnisse wie Wohnen, Strom oder Mobilität könnten davon nicht bestritten werden. Ein Mindestmaß an gesellschaftlicher und kultureller Teilhabe ist nicht möglich. Dies hat das BVerfG jedoch explizit gefordert. Wann abschließend über die Sanktionen entschieden wird, steht noch nicht fest.

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

Jeder Mensch hat Anspruch auf eine Lebenshaltung, die seine und seiner Familie Gesundheit und Wohlbefinden einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Betreuung und der notwendigen Leistungen der sozialen Fürsorge gewährleisten; er hat das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität, Verwitwung, Alter oder von anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände.

Europäische Sozialcharta

Um die wirksame Ausübung des Rechts auf Fürsorge zu gewährleisten, verpflichten sich die Vertragsparteien, sicherzustellen, dass jedem, der nicht über ausreichende Mittel verfügt und sich diese auch nicht selbst oder von anderen, insbesondere durch Leistungen aus einem System der sozialen Sicherheit verschaffen kann, ausreichend Unterstützung gewährt wird und im Falle der Erkrankung die Betreuung, die seine Lage erfordert.

Grundgesetz für die BRD

Artikel 1: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

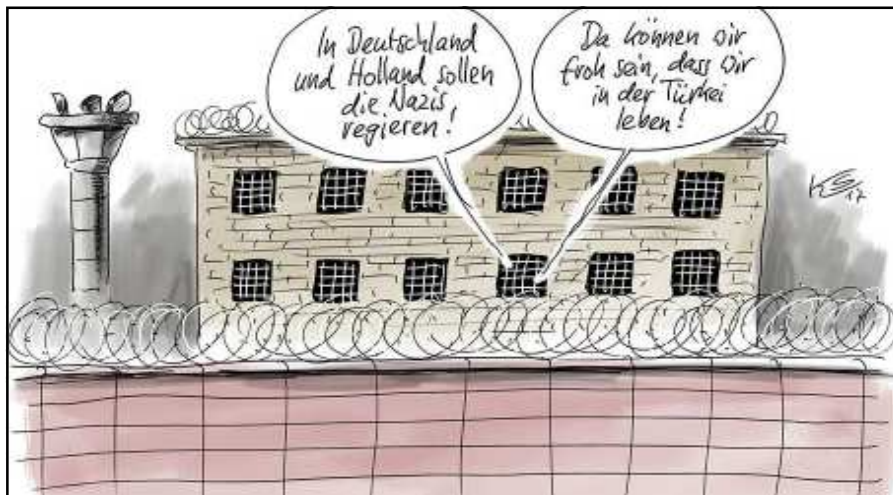
Artikel 20: Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat.

Fazit: Die BRD ist ein undemokratischer, asozialer Unrechtsstaat.



Kirchenaustritt

Ab sofort kann man im Rathaus am Berliner Platz aus der Kirche austreten (vorher Amtsgericht). Öffnungszeiten: mo - do: 8 bis 18 Uhr, fr: 8 bis 12 Uhr, sa: 10 bis 13 Uhr. Das ganze kostet 30 Euro - verglichen mit der Kirchensteuer...



Türkei: Dieses Nein reicht nicht, aber trotzdem NEIN!

Aufruf der Kommunistischen Partei der Türkei (TKP)

... Wir müssen diesen Angriff abwehren und dürfen unser Land nicht in die Hände derer übergeben, die alles der Barmherzigkeit der Reaktionäre, des Faschismus und der Gesetzlosigkeit überlassen würden... Wenn sie nicht durch uns, durch die Klassen der Ausgebeuteten, sondern durch die Kapitalklassen, die ihre Unterstützung entziehen, gestürzt werden sollten, wird auch diese neue Ordnung nach den Wünschen der Imperialisten, der Reichen und der Reaktionäre entstehen. Also, wenn die AKP nicht durch unseren Willen verliert, werden am Ende wir, die Werktätigen die einzigen Verlierer sein!

Wir, die Arbeiter, die Intellektuellen, die sich an der Seite der Werktätigen sehen, die revolutionäre Jugend und die werktätigen Frauen, müssen sie stürzen! Vor allem müssen wir NEIN sagen, um diese Gleichung umkehren zu können!

Aus diesem Grund sagen wir: NEIN!
... Was das Ergebnis dieses Urnen-

gangs auch sein wird, wir müssen uns organisiert und gestärkt gegen diese islamistische Bande stellen.

Deshalb zeigen wir mit unserem NEIN auch, zu was wir JA sagen!

Wir sagen JA zu einer klassenlosen Gesellschaft ohne Krieg und ohne Ausbeutung!

Wir sagen JA zu einem sozialistischen System, in dem die Menschen in Gleichheit und Freiheit leben!

Jetzt ist es an der Zeit, sich zu organisieren und diesem Land eine neue Stärke zu zeigen: Die Stärke derer, die für eine neue Ordnung, für den Sozialismus kämpfen.

Vor allem aus diesem Grund sagen wir, auch wenn es kein Schlusswort sein kann: NEIN!

Kommunistische Partei der Türkei, Deutschland-Komitee
vollständiger Text:

<http://news.dkp.suhail.uberspace.de/2017/03/aufruf-des-deutschland-komitees-der-tkp-kommunistische-partei-der-tuerkei/>

Wir bitten um Bezahlung des Abos und um Spenden

Die benötigen wir dringend, um das Gießener Echo auch in Zukunft in dieser Auflage herausbringen zu können.

Diese Bitte richtet sich auch an unsere Online-Leser.

Das Gießener Echo ist verlässlicher Partner im Kampf gegen Krieg und Sozialabbau, gibt Informationen, die andere verschweigen und unterstützt viele Gießener Organisationen und Initiativen in ihrer Arbeit.

Sparkasse Gießen, IBAN: DE75 51350025 0000 1930 70.



Demo zum Internationalen Frauentag in Gießen

Etwa 250 Frauen und Männer demonstrierten am 11. März anlässlich des Internationalen Frauentages in Gießen.

Dabei ging es nicht nur um die Benachteiligung und zusätzliche Ausbeutung von Frauen und Mädchen, sondern auch um die kapitalistischen Kriege, unter deren Auswirkungen die Familien besonders zu leiden haben. Klar gesagt wurde aber auch: "Eine Angleichung von Frauenrechte an Männerrechte wird die Frau in dieser Gesellschaft nicht zur Gleichberechtigung führen. Erst durch die Überwindung des Kapitalismus kann die Befreiung der Frau verwirklicht werden. Bis dahin ist es wichtig einen antirasistischen, internationalistischen und antiimperialistischen Feminismus in die Gesellschaft zu tragen."

Redaktionsschluss für Mai-Echo: Mi., 19. April

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Gründruck
Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de

UZ-Sozialistische Wochenzeitung der DKP
UZ Woche für Woche antikapitalistisch!

10 Wochen kostenlos testen

CompressVerlag,
Hoffnungstr. 18,
45127 Essen
info@unsere-zeit.de

Damit der Faschist Schlosser nicht klar verurteilt wird, verzichtet die Stadt auf alle verstorbenen Ehrenbürger

Mit einer einfachen Feststellung ist die Ehrenbürgerwürde von Horst-Eberhard Richter „erloschen“ – wie auch die von Hermann Schlosser und allen anderen verstorbenen Gießener Ehrenbürgern. Mit dem Tod von von A. Bar Menachem am 25.3.2017 hat Gießen keine Ehrenbürger mehr. So entschied der Schulausschuss im Sinne des Rechtsamts. Er ignorierte damit die bundesweite Praxis, dass die Ehrenbürgerwürde sowohl nach dem Tod aberkannt als auch verliehen wurde und wird. Darüber hinaus bemühten sich SPD/CDU/Grüne in ihrem Antrag, sich von der 1965 erfolgten Verleihung an Hermann Schlosser zu „distanzieren“ – flacher geht's kaum. Selbst das wurde noch relativiert und betont: *dass damit nicht der Stab gebrochen werden sollte über den damaligen Magistrat und die Stadtverordneten* (so OB Grabe-Bolz, SPD, und C. Wagener, CDU, gleichlautend). Dass auch unter den damaligen Stadtverordneten ehemalige Mitglieder der NSDAP waren, ist nichts Neues¹⁾, genannt sei z.B. Wilhelm Runtsch, damals CDU-Fraktionsvorsitzender und Mitglied des faschistischen Witi-ko-Bundes. Für ihn mag diese Verleihung an seinen Gesinnungsgenossen ein innerer Reichsparteitag gewesen sein. Auf die Frage, wie es denn zur Ehrenbürgerschaft dieses ausgewiesenen Faschisten gekommen sei, zitierte Stadtarchivar Brake aus der Rede des

damaligen OB Schneider: *dies sei von Seiten der Wirtschaft angeregt worden*. Also nach der auch heute gültigen Regel: Kapital befiehlt, wir folgen. Viel war die Rede von der „kollektiven Verdrängung“, die damals Usus gewesen sei. Als ob es nicht genügend Demokraten gegeben hätte, die sich scharf gegen die Wiedereinsetzung der Nazis auf ihre alten Posten in allen Bereichen des öffentlichen Lebens wandten. Heinrich Brinkmann hat das dankenswerterweise in seinem Beitrag richtig gestellt, indem er u. a. die zur Farce verkommene „Entnazifizierung“ schilderte und darauf verwies, dass dies auch die Zeit der „Schluss-Strich-Diskussion“ war, die auch von F.J. Strauß vorangetrieben wurde. Dass es überhaupt zu diesem Schlammassel kam, bedauerte eingangs die Referentin U. Krautheim und meinte in ihrem sonst sehr fundierten Vortrag:

Schlosser hätte den Anstand besitzen müssen, auf diese Ehrung zu verzichten.

Bei derartigem Geeeiere fragte Michael Beltz, Gießener Linke: Wie ist diese Verweigerung einer grundsätzlichen Distanzierung von Faschisten und Verurteilung ihrer Verbrechen zu interpretieren? Erst recht vor dem Hintergrund, dass gleichzeitig mit der Verlängerung der Frist auf 20 Jahre, nach der Ehrungen möglich sind, eine „Lex Ria Deeg“ geschaffen wurde, um die Würdigung einer der konsequentesten und verdienstvollen Gießener Antifaschisten zu verhindern²⁾. Erika Beltz

¹⁾ vgl. Schriften zu Gießener Stadtgeschichte Band 9

²⁾ der vollständige Text der Rede steht hier: <http://www.giessener-zeitung.de/giessen/beitrag/117463/redebeitrag-zur-ehrenbuergerschaft-des-nazis-hermann-schlosser/>



3 WOCHEN GRATIS! **junge Welt**
Sie lügen wie gedruckt. Wir drucken, wie sie lügen.
www.jungewelt.de/testabo
 Abotelefon: 030 53 63 55 50



NS-Wehrwirtschaftsführer Hermann Schlosser

- * geb. 1889, gest. 1979, NSDAP-Mitglied seit 1939 (vordatiert auf 1933)
 - * Vorstandsvorsitzender der Degussa, die von tausenden Zwangsarbeitern das Raubgold der Nazis verarbeiten ließ und deren Tochtergesellschaft Degesch das tödliche Zyklon B an die KZs zur Vergasung der Häftlinge lieferte.
 - * 1945 wurde Schlosser von der US-Militärregierung entlassen.
 - * 1949 wieder im Vorstand der Degussa, bis 1965 Aufsichtsratsvorsitzender
 - * Träger des Bundesverdienstkreuzes und seit 1965 Ehrenbürger von Gießen.
- Mit der Ablehnung des Antrags auf Aberkennung der Ehrenbürgerschaft setzt die Stadt Gießen ihre zögerliche Haltung gegenüber Faschisten fort, indem sie deren Aufmärsche nicht zu verhindern sucht und indem sie Faschisten so lange in Ehren hält, bis der öffentliche Druck sie zu halbherzigen Korrekturen veranlasst wie beim Greif-Denkmal und beim Otto-Eger-Heim, auf dessen Namensnennung sie auf der Ehrentafel des Alten Friedhofs beharrt. Jetzt forderte OB Grabe-Bolz: Namensgeber müssen Vorbilder sein. Dennoch wurden – nach 1970 – Straßen in Gießen nach den Nazis Robert Feulgen und Georg Haas benannt und bis heute nicht korrigiert

Sie kandidieren zur Bundestagswahl



Diese DKP-Mitglieder aus der Kreisorganisation Gießen kandidieren auf der Landesliste zu den Bundestagswahlen am 24. September. Von links: Rainer Grabowski, Tobias Salin, Erika Beltz, Henning Mächerle und Michael Beltz

Vor-Mai-Veranstaltung der DKP Gießen

Dienstag, 25. April ab 19 Uhr im DGB-Haus, Dachsaal.

Es spricht:

Patrik Köbele, Parteivorsitzender der DKP

danach Maifeier mit Mojito, Cuba libre... und Arbeiterliedern von **Jan mit Gitarre**

Menschen schützen ohne Waffen

- das Konzept des zivilen Friedensdienstes
mit **Dr. Christine Schweitzer,**

Geschäftsführerin im Bund für soziale Verteidigung und Mitarbeiterin im Institut für Friedensarbeit und gewaltfreie Konfliktaustragung (IFGK) sowie Mitglied bei internationalen NGOs

Mittwoch, 5. April, 19 Uhr, im Alten Schloss (Netanya-Saal)

Veranstalter: Frauen für den Frieden, Büro für Frauen- und Gleichberechtigungsfragen

Osterfriedensaktion 2017 in Gießen

Kundgebung und Info-Stand, Samstag, 15. April,

10 Uhr - 14 Uhr, Ecke Seltersweg/Löwengasse

mit Redebeiträgen und dem Liedermacher Ernst Schwarz

Friedensnetzwerk Gießen (Frauen für den Frieden, Gießener Friedensinitiative, DGB-Kreisverband Gießen, Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW))

Aufruf zum Frankfurter Ostermarsch 2017

Wir bleiben dabei: Krieg schafft keinen Frieden. Mehr Waffen und mehr Militär verschärfen die weltweiten politischen und humanitären Probleme. Die mit deutschen Waffen angeheizten Kriege treiben Menschen in die Flucht, verursachen zunehmend Armut, Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung... Bis 2030 sollen 130 Milliarden Euro zusätzlich für Rüstung ausgegeben werden. Gleichzeitig fehlen überall Gelder für Bildung, Soziales und ökologischen Umbau...

Ostermontag, 17.4.17: Treffpunkt zur gemeinsamen Abfahrt von Gießen: 9 Uhr am Bahnhof, ab 11 Uhr Sternmarsch von Bornheim, Gießener Str./Marbachweg zum Römerberg. Hier findet ab 13 Uhr die Antikriegskundgebung statt.

MATTHIAS BELTZ

Ausgewählte Untertreibungen
gelesen von dem Schauspieler Christoph Pütthoff

Sonderveranstaltung 29.04.2017 20:00
Uhr, taT-studiobühne, Ostanlage 43

Als Verfechter von „Liberté, Egalité, Varieté“ war Matthias Beltz der gnadenloseste Kabarettist dieser Republik. Für diesen Abend hat Christiane Meyer-Thoss – Beltz' Frau, Agentin, Nachlassverwalterin und natürlich die beste Kennerin seines Werkes – aus diesen Untertreibungen die schlagendsten ausgewählt, die Christoph Pütthoff (Ensemblemitglied am Schauspiel Frankfurt) vortragen wird.

Wetzlar: vormerken

Mittwoch, 10. Mai, 19 Uhr, in der Phantastischen Bibliothek in Wetzlar (Turmstraße 20)

„**Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg! - Was heißt das für uns heute?**“

Das Wetzlarer Bündnis gegen Nazis „Bunt statt Braun“ und der DGB-Kreisverband Wetzlar laden ein zu einem Podiumsgespräch mit anschließender Diskussion

Gießen:

Mitgliederversammlung der DKP

Donnerstag, 4. Mai, 19 Uhr, Büro der Partei Die Linke, Marktplatz 2

Info-Stand der DKP

Samstag, 29. April, ab 10.30 Uhr in der Fußgängerzone

DKP
Nachrichtenportal

news.dkp.de
www.dkp-hessen.de
www.dkp-giessen.de
DKP-Gießen auch bei facebook

**Widerstand
gegen Hartz IV
montags 18 - 19 Uhr,
bei den 3 Schwätzern**